

Rühlmann über die auswärtige Lage.

Die bereits kurz im Abendblatt erwähnte Rede, die der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. v. Rühlmann in der gestrigen Sitzung des Hauptaus-

schusses gehalten, lautete nach den amtlichen Mitteilungen wie folgt: Nach kurzer vertraulicher Mitteilung besprach er die in den russischen Geheimdokumenten erwähnte angebliche Besprechung von Finanzmännern in der Schweiz. Schon früher sind ähnliche Gerüchte aufgetaucht. Die damals angestellten Nachforschungen haben ergeben, daß deutsche Finanzleute an solchen Konferenzen sich nicht beteiligen haben. Die englische Regierung hat ihrerseits die Beteiligung englischer Finanzleute dementiert. Diesmal werden ausdrücklich Vertreter der Deutschen Bank und Herr Fürstberg erwähnt. Auf Anfrage des Staatssekretärs hat die Deutsche Bank mitgeteilt, daß überhaupt keiner der ihr nahestehenden Herren damals in der Schweiz gewesen ist. Es hat auch keiner von ihnen einen Paß zur Reise in die Schweiz gehabt. Herr Fürstberg hat zwar einen Paß gehabt, aber keinen Gebrauch davon gemacht. Weder er noch eine ihm nahestehende Persönlichkeit ist in der fraglichen Zeit in der Schweiz gewesen. Nach gründlicher Untersuchung kann also erklärt werden, daß der Berner Bericht des russischen Diplomaten auf Klatsch und mangelhaften Informationen beruht.

Der Staatssekretär fuhr darauf fort: Meine Herren! Unsere Mächte sind in diesem Zeitpunkt vor allem nach Osten gerichtet. Rußland, das die Kriegsschuld in die Welt geschleudert hat, Rußland, in dem eine bis ins Mark der Knochen laule Rotte von Bürokraten und Schmarozkern unter Beihilfe eines ziemlich manchmal wohlmeinenden, aber schwachen und mißleiteten Selbstherrschers die Mobilisierung erwirkt, welche die eigentliche und unmittelbare Ursache dieser gewaltigen Wüsterkatastrophe geworden ist, hat die Schuldigen weggesetzt und ringt nun in schweren Wehen danach, durch Waffenstillstand und Frieden Raum für seinen inneren Wiederaufbau zu gewinnen. Den klaren Worten, mit denen der Herr Reichskanzler gestern die Stellungnahme der deutschen Regierung zu diesem Streben dargelegt hat, brauche ich meinerseits nichts hinzuzufügen. Wir werden uns auch in dieser Frage von den Grundtönen einer festen und gemäßigten, auf dem Boden der Tatsachen stehenden Staatskunst nicht entfernen.

Die bisher von den heutigen Machthabern in Petersburg der Welt mitgeteilten russischen Erscheinungen geeignet als Unterlagen für eine Neugestaltung der Dinge im Osten, die —

dem Selbstbestimmungsrecht der Völker volle Rechnung tragend

— die wesentlichen und dauernden Interessen der beiden großen Nachbarrreiche Rußland und Deutschland zu sichern geeignet ist. Daß wir diese Ziele verfolgen können im engsten Einvernehmen mit unseren Verbündeten und, wie mir scheint, will, auch mit der moralischen Unterstützung der überwiegenden Mehrheit der hier versammelten Vertreter des deutschen Volkes, gereicht mir zur besonderen Bemütigung und wird unserem Auftreten nach außen auch die nötige Macht verleihen.

Ueber die militärische Lage haben Sie gestern aus dem Munde des Herrn Reichskanzlers eingehende Darlegungen empfangen. Ich möchte mich deshalb heute darauf beschränken, wenige Worte über den

Feldzug in Italien

zu sagen, der noch in vollem Gange ist, und dessen politische Auswirkungen, obwohl natürlich auch nicht voll zu übersehen, in einigen Punkten schon klar erkennbar hervorgetreten sind.

Es war ein Bild, was selbst in diesem ungeheuren Gigantenkämpfe noch nicht gesehen worden war, wie über den grauen Karst durch die herbstrotten Schluchten der Alpenländer die grauen Schlangen deutscher und österreichisch-ungarischer Sturmhauben sich hinabwälzten in die beglänzten Ebenen Italiens, die seit den Tagen der Staufer auf deutsche Sehnsucht eine so magische Anziehungskraft ausgeübt haben, und wie unter dem Oberbefehl des jungen Kaisers aus dem Hause Habsburg die ganze Heeresmacht eines großen Volkes unter den wichtigen Hammerschlägen, die für das Feldherrngenie der verbündeten Mächte so kennzeichnend geworden sind, zusammenbrach und zerstückelte.

Mit keinem Bande Europas hat die geistige Welt Deutschlands so enge Beziehungen vor diesem Kriege unterhalten wie mit Italien. Der neugelebte Staat war im Schatten des mächtigen Dreiebundes zu Ansehen, Macht und Reichtum geblieben, und wenn auch eine unlagbare Bitterkeit bei uns empfunden wurde, als spät im Kriege, da manche Toren glaubten, die Stunde sei gekommen, um dem angeschossenen deutschen Ober den Gang zu geben, Italien unter dem Geschrei einer bestochenen Presse und der Führung gewissenloser und kurzsichtiger Staatsmänner sich aus reiner Länderei zu der schmählichen Politik erschloß, die es heute so blutig büßt, so wird doch auch manchem dem italienischen Volke in dieser Stunde völligen Zusammenbruchs nicht alle Teilnahme versagen können.

Wenn ich vorhin von Auswirkungen der militärischen Erfolge sprach, so sind diese auch in England und Frankreich zu verspüren, und ein kurzer Blick auf die zeitlich gleichlaufende innere Entwicklung in Deutschland und in diesen Ländern dürfte lehrreich sein.

Während in Deutschland im Laufe des Krieges das große Kofferwort, das an seinen Eingang gestanden hat, weiter arbeitend furchtbar entwickelt worden ist, und die Beziehungen zwischen Volk und Krone auf der Grundbasis gegenseitigen Vertrauens immer freier, lebendiger und deshalb fester werden, während in Deutschland die Regierung nicht unter Druck von außen, sondern in freier Erkenntnis historisch notwendiger Entwicklungsgänge das auswirkt, was Ihnen die gestrige Rede des Herrn Reichskanzlers programmatisch dargelegt hat, ist in den beiden Ländern, die es steden, sich als Hort und Vorkämpfer völkischer Freiheit in der Welt zu geben, die Entwicklung eine umgekehrte gewesen. Die Freiheit des Denkens, die Freiheit des Wortes wird — zum Teil mit den brutalksten Gewaltmitteln — unterdrückt. Alles frecht in den westlichen Demokratien mehr und mehr auf die absolute Diktatur hin. In Frankreich hat der verblödete Kriegswille, als dessen Träger vor allem Präsident Poincaré zu gelten hat, als letzte

Karte im Spiele des Krieges um jeden Preis, bis zum bitteren Ende Herrn Clemenceau zur Macht berufen, und während in Berlin der Kanzler in eingehender Beratung mit den Parteien die Grundlagen der beabsichtigten Regierungsmaßnahmen erörtert, rühmten die Herrn Clemenceau ergebene Blätter, daß er sein Kabinett ohne jede Fühlungsnahme mit dem Parlamente absolutistisch und diktatorisch zusammengestellt habe, und als eine der ersten Regierungshandlungen ward eine scharfe Verfolgung friedensfeindlicher Bestrebungen angefündigt.

In England hatte die jetzt in Frankreich vollzogene Entwicklung schon früher stattgefunden. Dort hatte die Partei des Krieges um jeden Preis schon vor geraumer Zeit Herrn George auf den Schild erhoben und ihm Vollmachten übertragen, die ihn unter Hintansetzung aller der englischen Verfassung so teuern Kautelen tatsächlich zum Diktator machten. Der „kleine Zauberer aus Wales“ hat vielleicht trotz allen guten Willens, den Krieg so rüchstlos zu führen als möglich, nicht alles gehalten, was seine Freunde von ihm erhofft hatten. Da aber, falls nicht noch zu Lord Northcliffe gegriffen werden sollte, niemand da ist, der Herrn George an Kriegsentfesseln übertrüge, und auch die Nachfolge kaum jemand zu locken scheint, so dürfen wir wohl für einige Zeit noch damit rechnen, die westlichen Demokratien unter Leitung ihrer beiden Diktatoren sich über Errichtung eines gemeinsamen Oberbefehls für die verbündeten Armeen wie bisher in vollster Eintracht unterhalten zu sehen.

Als ich vor einiger Zeit mich mit einem Neutralem, der über genaueste Sachkenntnis verfügt, über englische Staatsmänner und ihre erstaunliche Unkenntnis des Kontinents und insbesondere Deutschlands unterhielt, meinte dieser kluge Gewährsmann, der für auswärtige Politik befähigste sei zweifellos jetzt Lord Robert Cecil. Der Mann mag recht gehabt haben. Der Sohn Lord Salisbury's, der von Kindheit an in der Luft großer internationaler Geschäfte gelebt hat, könnte vielleicht auch von Dingen außerhalb Englands eine Ahnung haben. Nachdem aber der Genannte die englische Regierung auf der sichersten und etekhaftesten Geschichte von der deutschen Verleumdung festgelegt hat und jetzt in einer durch „Reuters“ verbreiteten Rede die angeblich geplante Gesetzgebung zur Einführung der Vielweiberei in Deutschland mit vollem Ernste als charakteristisch für deutsche Anschauungen und Zustände hingestellt hat, muß man wirklich sagen: Die Welt ist besagenswert, die in ihren wichtigsten Belangen, für die Tausende täglich ihr Leben opfern, von Männern geleitet wird, die über Art und Wesen ihrer Gegner in so vollkommener Unwissenheit sind wie der englische Staatsmann.

Ich muß es mir erlauben, auf manches näher einzugehen. Nur einen Gedankengang möchte ich noch erwähnen, da er sowohl in der feindlichen Presse häufig aufgetaucht, als von dort auch in die Gedankenwelt gegnerischer Staatsmänner übergegangen ist.

Insofern, meine Herren, ist die Klärung der Lage zu begrüßen, wie sie bei den Bestrebungen unter dem Druck unserer neuesten großen Erfolge eingetreten ist. Die Leute des Krieges bis zum Ende verlangen den Sieg und nichts als den Sieg, und wie sie diesen Sieg auszunützen gedenken würden, dafür bieten

die gehehnen Dokumente.

deren Veröffentlichung von der neuen russischen Regierung begonnen worden ist, die erbaulichste Beleuchtung.

Es wird behauptet — bona oder male fide, das lasse ich dahingestellt —, Deutschland beobachte über seine Kriegsziele deshalb so große Reserve, weil es sich um ein wohlüberlegtes Betrugsmaschen handele. Sei es der deutschen Verschlagenheit erst einmal gelungen, die Gegner um den Konferenztisch zu verjammeln, so würde Deutschland mit unerhörten Forderungen hervortreten, in der Berechnung, daß die kriegsmüden Völker, auch zu weitgehenden politischen Opfern bereit, ihren Staatsmännern nicht die zur Zurückweisung der deutschen Ansprüche nötige politische Unterstützung gewähren würden. Aus diesem Grunde müsse weiter gefämpft werden, bis Deutschland zur öffentlichen Erklärung seiner Bedingungen bis ins einzelne genötigt geworden sei.

Ich würde, wie gesagt, auf diese trüben Ausführungen nicht eingehen, wären sie nicht auch von feindlichen Staatsmännern übernommen worden. Bleibt unsern Gegnern daran, zu erfahren, was wir wollen, so ist das für sie außerordentlich einfach. Wege stehen dazu vollkommen genügend zur Verfügung, und daß irgendeine Verarmung größeren Stiles zur Ordnung internationaler Angelegenheiten zusammengetreten wäre, ohne vorher durch vertrauliche Aussprache über die gegenseitigen Absichten sich klar geworden zu sein, ist ein in der Geschichte ohne Beispiel dastehender Vorgang.

Als ich die Ehre hatte, zum letzten Male zu Ihnen in der Vollversammlung des hohen Hauses zu sprechen, konnte es noch zweifelhaft erscheinen, ob die Papstnote beantwortet werde, ob gewisse auf der Seite unserer westlichen Gegner seit aufgetauchten Bestrebungen nach Verständigung Kraft und Einfluß gewinnen würden. Heute steht es fest, daß die päpstliche Umgebung

vom Westen her nicht beantwortet

werden wird, und daß Frankreich und England entschlossen sind, nur auf die Gewalt zu bauen. So mag denn das deutsche Volk sich auch innerlich wehren und wappnen. Gewalt mit Gewalt zu schlagen und mit der Kraft und Gelassenheit, welche der Majestät des deutschen Namens entspricht, zu kämpfen und zu stehen, bis die Morgenröde einer besseren und menschlichen Erkenntnis, die jetzt im Osten aufzubämmern beginnt, auch in den geld- und machthungrigen Staaten des Westens zum Durchbruche kommt.

Wiewohl ich darf in einer englischen Tageszeitung veröffentlichte Brief des einflussreichen und auf reiche diplomatische Erfahrung zurückbildenden Lords Lansdowne, der bisher nur in Telegraphenauszügen vorliegt, als ein hoffnungsvolles Zeichen dafür aufgefaßt werden, daß auch in England gemäßigtere Stimmen Boden gewinnen.

Im weiteren Verlaufe der Beratungen des Hauptauschusses betonte ein Zentrumsabgeordneter, nach dem Waffenstillstands- und Friedensangebot Rußlands habe die Reichsleitung die Pflicht, auf die Darreichung der offenen Friedenshand eine offene und klare Antwort zu geben, damit möglichst bald eine reifliche Verständigung herbeigeführt werden könne. Eine Untersuchung der Frage, ob Deutschland oder Rußland den Frieden näher habe, habe er für müßig.

ganz Europa habe den Frieden nötig.

Daß bei den Friedensverhandlungen die deutschen Interessen im Auge behalten und berücksichtigt werden, sei eine Selbstverständlichkeit; die politischen und militärischen Stellen seien sich gewiß darin einig, die in einträchtiger Zusammenarbeit das Wohl Deutschlands pflichtgemäß im Auge behalten müßten. Verhandlungen mit Rußland dürften der englischen Gewalt amheinfalle. Redner besprach sodann die Verhältnisse in Litauen eingehend und verlangte, alles zu tun, um den Wünschen der dortigen Bevölkerung Rechnung zu tragen. Wenn nach Ansicht zuständiger deutscher Stellen Jerusalem militärisch ohne Bedeutung sei, sollten zur

Schönung der Gefühle aller Christen, Maßnahmen dahin getroffen werden, daß kriegerische Kämpfe und Blutergießen vermieden würden.

Ein Mitglied der Konservativen forderte, daß im Osten militärische Sicherungen zugunsten Ostpreußens unter allen Umständen geschaffen würden. Gegen die Konstruierung eines Gegenjahres zwischen Zion- und Militärverwaltung möchte auch er sich wenden. Die Rümer, die für den Schutz und die Sicherheit Deutschlands gesorgt hätten, müßten auch bei Lösung der einschlägigen Fragen gehört werden. Gegenüber der Ueberführung neutraler Schiffe in englische Gewalt hätte wohl entschiedener Front gemacht, der U-Boot-Krieg besser unterstützt werden können. Das für die „Freiheit der Völker“ kämpfende England habe mehr als zwei Millionen Tonnen Schiffsraum der Neutralen beschlagnahmt und so deren Rechte mit Füßen getreten.

Ein unabhängiger Sozialist verlangte, daß die alten Fragen aus den besetzten Gebieten endlich aus der Welt geschafft würden. Das Waffenstillstandsangebot Rußlands sei eine begrüßenswerte Tat; man müsse im Auge halten, auch mit Rumänien, dessen Truppen mit den russischen vermischt seien, zu einem Waffenstillstand zu kommen.

Ein Redner der Fortschrittspartei wünschte, daß die nationalen Minderheiten, insbesondere die Juden, in ihren Rechten überall sichergestellt würden. Bei Abschluß eines Waffenstillstandes seien die militärischen Instanzen zu befragen, die Entscheidung aber stehe dem Reichskanzler nach Verständigung mit dem Reichstag zu. Die Feinzeit von Verwaltungsbeamten in Ober-Ost gegebenen Versprechungen sollten erfüllt und ihre Durchführung nicht weiter hinausgezögert werden. Die Verwaltung des Fürsten Wienburg sei nicht gütlich und bedürfe sehr der Besserung.

General v. Wrisberg gab zu, daß in Ober-Ost Mißgriffe vorgekommen seien, bestritt aber, daß zu deren Abstellung nichts geschehen sei. Er verwies auf die Verfügung betr. die Unzuverlässigkeit von Zivilarbeiterbataillonen u. a. Die Militärverwaltung werde sich auch weiter bemühen, hervorretenden Mängeln entgegenzuwirken und sie zu beseitigen.

Ein konservativer Redner äußerte sich günstig über die Verwaltung in Kurland und ging auf russische Verhältnisse näher ein.

Ein unabhängiger Sozialist äußerte: Deutschland müsse überall das Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkennen, dann werde es deren Freundschaft gewinnen.

Ein Pole begrüßte die gestrige Erklärung des Kanzlers über das Selbstbestimmungsrecht der Völker; dieses werde die beste Grundlage für einen dauernden Frieden sein.

Ein Mitglied des Zentrums stellte fest, daß die große Mehrzahl des Ausschusses mit dem für die östlichen Bezirke aufgestellten Grundsatze vom Selbstbestimmungsrecht der Völker einverstanden sei.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen erklärte

Staatssekretär Dr. v. Rühlmann:

Mehrfach ist das Verhältnis zwischen der Obersten Heeresleitung und der politischen Reichsleitung in die Debatte gezogen worden. Im Namen des Reichskanzlers und in meinem eigenen Namen erkläre ich, daß die Auffassung des nationalliberalen Abgeordneten das Richtige trifft. Wir sind mit den großen Feldherren, die an der Spitze unserer Armeen stehen,

in ständiger und engerer Fühlung.

Ueber alle wichtigen Fragen stehen wir in einem steten Gedankenaustausch. Jeder Versuch, zwischen der Obersten Heeresleitung und der politischen Reichsleitung Mißtrauen zu sren oder zwischen ihnen zu differenzieren, ist bei dem gegenseitigen Willen des engsten Zusammenarbeitens zum Scheitern und zur Ausschließlichkeit verdammt.

Der Staatssekretär ging sodann in zum Teil vertraulichen Ausführungen auf eine Reihe der in der Besprechung aufgeworfenen Fragen ein. Dabei bemerkte er u. a., daß

der Schutz der Minderheiten

einen wesentlichen Bestandteil der Politik der Selbstbestimmung der Völker bilden müsse. Auf die Frage, ob bei etwaigen Verhandlungen mit Rußland auch Rumänien einbezogen werden würde, erklärte der Staatssekretär, daß die in den letzten Tagen aufgetretenen Gerüchte von einem rumänischen Verhandlungsangebot sich bisher nicht bestätigt hätten. Ein Teil Rumaniens sei noch in der Hand der rumänischen Truppen. Denkbar wäre es, daß die rumänische Armee auf eigene Rechnung und Gefahr in dem nicht eroberten Gebiete Krieg führe. Sollte sich Rumänien zu einem Verhandlungsangebot entschließen, so würde eine abgesonderte Verhandlung erforderlich sein.

Der Hauptauschuss unterbrach hier die Erörterung der militärpolitischen Fragen. Ein Antrag aller Parteien forderte: zur Prüfung der Fragen 1) der Preise für Kriegslieferungen, 2) der Lieferungen ins Ausland während des Krieges, 3) der Kriegsgesellschaften einen neungliedrigen Unterausschuss einzusetzen, der dem Hauptauschuss beim nächsten Zusammentritt schriftlich Bericht zu erstatten hat. — Ueber den Antrag wurde noch nicht entschieden. Es folgte die

Beratung wissenschaftlich-militärischer Fragen.

Ein Zentrumsredner verlangte dringend Durchführung des Reichstagsbeschlusses betreffend Erhöhung der Mannschaffslöhnung wie Aufbesserung der Invaliden- und Unfallrenten. Weiter äußerte er sich zur Urlaubsfrage.

General v. Owen erklärte zu dem ersten Punkte, alsbald nachdem der Reichstag eine gestaffelte Erhöhung der Soldatenlöhnung beschlossen habe, sei die Möglichkeit ihrer Durchführung geprüft worden; bei der nach Dienstzeit gestaffelten Erhöhung falle vielfach jungen Leuten ein höherer Sold zu, als älteren, später eingezogenen Leuten mit Familie und Kindern. Verwaltung und Reichsleitung hätten sich nun geeinigt, allen Mannschaften eine durchschnittliche Erhöhung der Löhnung von 33 1/2 p. H. und den Unteroffizieren eine solche von 20 p. H. zu gewähren; die erste Auszahlung werde sich bis Weihnachten ermöglichen lassen.

Zur Frage der Rentenerhöhung erklärte der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes, Herr v. Stein, die Reichsleitung habe schon vor dem Bestehen des Ausschusses sich hiermit beschäftigt; in der nächsten Zeit werde mit den in Betracht kommenden Versicherungsträgern (Berufsgenossenschaften und Versicherungsanstalten) verhandelt werden, um dem in welchem Maße anzuerkennenden Bedürfnis nach Erhöhung der Renten abzuhelfen und festzustellen, in welcher Weise sich das Reich hieran beteiligen könne. Einswollen müsse in dringenden Fällen im Wege der Kriegswahlrentenpflege geholfen werden.

General v. Wrisberg gab sodann vertrauliche Auskunft über die Urlaubsfrage.

zu der sich noch Redner verschiedener Fraktionen äußerten, wobei ein sozialdemokratischer Redner rügte, daß manche Kommandeure

die Urlaubsverweigerung als Strafe anwenden. Ferner wurde aus dem Ausschuss die frühere Forderung auf Abänderung des Militärpensions- sowie des Mannschaffsberufsgenossengesetzes erneut erhoben und die Vorlage eines dahingehenden Gesetzentwurfs verlangt.

Nachdem General v. Owen über den Haferbedarf des Heeres vertraulich gesprochen hatte, äußerte sich Unterstaatssekretär im Kriegsernährungsamt v. Braun zur Haferpreisgestaltung. Die Erhöhung sei auch dem Kriegsamte unerwünscht erschienen, habe aber ihren Zweck erfüllt; denn es sei mehr Hafer abgeliefert worden als im Vorjahre. In keinem Kriegsjahre zuvor sei die Reichsgetreidestelle mit einem so hohen Bestand in den Winter hineingegangen wie in diesem Jahre. Die Kartoffelproduktion sei ebenso mit gutem Erfolge ermöglicht worden, so daß man hinsichtlich der Versorgung mit Brotgetreide und Kartoffeln beruhigt in die Zukunft blicken dürfe. Die von der sozialdemokratischen Redner bemängelte Ausgestaltung des Ernährungsbeirats sei nicht absichtlich erfolgt. Die erwünschte Mitarbeit des Beirats erkenne die Verwaltung dankbar an.

Weiterberatung Sonnabend, außerdem Kohlenverföhrung.